



öffentlich

Betreff:

Moderiertes Krisengespräch im Beirat für Menschen mit Behinderung

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Erstellungsdatum 05.05.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
20.05.2020	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschliessen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein strukturiertes, freiwilliges Verfahren zur konstruktiven Beilegung des aktuellen Konflikts im Beirat für Menschen mit Behinderungen einzuleiten, dass durch eine/n unabhängige/n Dritte/n moderiert wird. Ziel sollte es sein, dass die Konfliktparteien, zu einer gemeinsamen Vereinbarung gelangen, die die Arbeitsfähigkeit des Gremiums wieder gewährleistet.

gez. J. Armbruster
Fraktionsvorsitzende

gez. G. Zöller
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

gez. I. Eisenblätter
Fraktionsvorsitzende

gez. D. Keller
Fraktionsvorsitzender
SPD

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:



Termin: Aug. 2020

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im März 2018 wurde durch die Stadtverordnetenversammlung ein neuer Beirat für Menschen mit Behinderung gewählt, nachdem sich im April 2017 der alte Beirat aufgrund interner Differenzen aufgelöst hatte. Nach nunmehr knapp zwei Jahren gibt es auch in dem Gremium mit neuer Zusammensetzung unauflösbare Differenzen und Auseinandersetzungen, die de facto zur Handlungsunfähigkeit des Gremiums geführt haben. Beiratsmitglieder beschäftigen sich mit öffentlichen und nicht öffentlichen Vorhaltungen und Vorwürfen untereinander, statt ihren wichtigen behindertenpolitischen Aufgaben nachzukommen.

Zu den Aufgaben des Gremiums zählen die Beratung der Verwaltung zu Themen, die Menschen mit Behinderungen betreffen wie zum Beispiel bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, die Beratung und Begleitung zum Ausbau einer barrierefreien Kommunikation in der Verwaltung und die regelmäßige Teilnahme an den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung. Darüber hinaus soll der Beirat Verwaltungsprojekte begleiten und beraten, die von Interesse für Einwohner und Einwohnerinnen mit Behinderung sind und Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger sein. Die Handlungsfähigkeit des Gremiums sollte so rasch als möglich wieder hergestellt werden.

Letztlich soll die moderierte Gesprächsrunde klären, was die Ursachen für die internen Konflikte sind und wie man diese so lösen kann, dass die Geschäftsfähigkeit des Beirats wieder hergestellt ist.